

EU UND KRIEG

# Terror macht stark



Sie wollen sich für die Kleinen in der EU einsetzen: der österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel und Kommissionspräsident Romano Prodi.

(Foto: EU)

**Der Kampf gegen den Terror gibt der EU neue Stärke. Obwohl der Krieg in Afghanistan möglicherweise bald vorbei ist, läuft EU-intern ein Wettlauf, dabei zu sein.**

"Die EU ist dadurch nicht schwächer, sondern stärker geworden." In den Anschlägen vom 11. September sieht Romano Prodi eine neue Quelle europäischer Stärke. Plötzlich seien Dinge möglich geworden, "die in normalen Zeiten nicht ohne weiteres durchsetzbar wären", so der Präsident der europäischen Kommission vergangene Woche in einem Interview mit dem Tagesspiegel.

Tatsächlich bietet der internationale Kampf gegen den Terrorismus der EU eine gute Arena, sich gegenüber den USA als eine vereinte Weltmacht zu profilieren. Allerdings: Mit einer überzeugenden Demonstration in Sachen Einigkeit klappt es in der politischen Praxis noch nicht richtig. Zum Beispiel, wenn sich die "Großen" der 15 EU-Staaten im kleinen Kreis zusammensetzen wollen, um ihre jeweiligen Strategien untereinander abzustimmen.

## Die Großen der EU wollen den kleinen Kreis

Als sich vor dem offiziellen EU-Gipfel Mitte Oktober in Gent Frankreich, Deutschland und Großbritannien im Separée trafen, hatte sich vor allem Romano Prodi öffentlich beschwert: Ein solcher trilateraler Gipfel sei schlecht fürs Image der EU und breche die innere Einheit. Eine Kritik, die Prodi prompt Gerüchte darüber bescherte, der 62jährige Italiener möge sein Amt, das noch bis 2004 währt, vorzeitig abgeben. "Wenn sich zwi-

schstaatliche Kooperation in unsere Kompetenzen einmischt, erhebe ich Einspruch und kämpfe wie ein Tiger", kontert Romano Prodi.

Doch wichtige Fragen möchten die Großen offenbar auch weiterhin nur im erlesenen Kreis erörtern. Am Sonntag vor einer Woche hatte Tony Blair erneut nur seine französischen und deutschen Kollegen zur Aussprache nach London gebeten. Nach lautem Protest wurden schließlich auch die Staatschefs aus Spanien, Italien, den Niederlanden, Belgien und der außenpolitische Sprecher der EU, Javier Solana, in die Downing Street gebeten. Dennoch legte sich der Unmut der restlichen EU-Partner nur zögerlich. "Wenn wir einen Unterschied zwischen kleinen und großen Staaten akzeptieren, ist die europäische Einheit zerstört", sagte der österreichische Präsident Wolfgang Schüssel als er am vergangenen Donnerstag bei Romano Prodi zu Gast war. "Für mich gibt es keine kleinen und keine großen Länder", so Prodis unbeholfener Kommentar. "Alle sind gleich."

Doch daran glauben mag offenbar kaum einer der 15 EU-Staaten. Während der deutsche Außenminister Joseph Fischer im Namen Europas für eine deutsche Beteiligung am Krieg gegen den Terror wirbt, versuchen inzwischen auch andere schleunigst auf den Zug der Anti-Terror-Allianz zu springen. Dabei tritt Europa keineswegs geschlossen auf. Vielmehr wird deutlich, dass die EU immer noch aus einzelnen nationalen Einheiten besteht. Im Kampf gegen den Terror wird die interne Rangordnung neu definiert. Klar ist, wer jetzt nicht dabei ist, könnte die nächsten Jahre im politischen Abseits stehen.

## Die interne Rangordnung wird neu festgelegt

So kommt es, dass selbst die, die nicht von Washington gerufen wurden, dort ihre Bereitschaft vortragen, bei diesem Krieg dabeizusein. Zuletzt Italien, wo das Parlament mit großer Mehrheit der Entsendung von 2.700 italienischen Soldaten an die Seite der US-Truppen zugestimmt hat. Ministerpräsident Silvio Berlusconi sprach von einem Zeichen der "politischen Reife". Doch Medien und Bevölkerung zeigen Skepsis. Die Tageszeitung "La Repubblica" etwa meinte, die Kriegsbeteiligung "sei kein Grund zum Feiern". Das Leben von Soldaten dürfe nicht auf Spiel gesetzt werden, nur damit Italien "einen Platz an der Sonne

oder sein Führer einen Platz am Tisch der Großen erobern".

Am Kopf dieser Tafel sitzt zweifellos Tony Blair. "Wir haben keinen besseren Freund auf der Welt als Großbritannien", hatte sein amerikanischer Kollege George W. Bush am vergangenen Donnerstag verkündet, als der britische Premier in Washington zu Besuch war. London hat bislang immerhin 4.200 Soldaten, darunter 200 Elitesoldaten von den "Royal Marines" bereitgestellt. Zudem patrouilliert ein britischer Flottenverband im Arabischen Meer.

Die zweite Geige im Gespann der europäischen Großen spielen Deutschland und Frankreich. Die französische Führung zeigte bislang eher Zurückhaltung, sie ringt mit einer immer stärkeren Anti-Kriegs-Stimmung in der Bevölkerung. Man wolle an der Planung der Operationen beteiligt sein, betonte Präsident Jacques Chirac am Dienstag vor einer Woche in New York. Dann werde man auch Elite-Einheiten für einen Bodeneinsatz entsenden. Momentan sind rund 2.000 Franzosen und sechs Kriegsschiffe an der Operation "Herakles" beteiligt. "Die militärische Aktion ist notwendig, sie ist jedoch nicht die einzige", betonte Chirac gegenüber seinem Gastgeber George W. Bush. Frankreich will sich vor allem in Sachen humanitäre Hilfe in Afghanistan profilieren. Chirac hatte vor zwei Wochen Vertreter von verschiedenen Hilfsorganisationen im Elysée-Palast empfangen.

In den vergangenen Tagen trudelten weitere Angebote in New York ein. Der niederländische Ministerpräsident Wim Kok teilte am vergangenen Wochenende mit, sein Land wäre bereit, Soldaten zu entsenden. Nato-Neuling Tschechien will 300 Soldaten bereitstellen. Die Türkei hat auf Anfrage der USA 90 Elitesoldaten zugesagt, die die Kämpfer der Nordallianz militärisch ausbilden sollen.

Eine Vielzahl kleiner Einheiten ergibt jedoch noch kein Ganzes: Bereits kurz nach dem 11. September hatte man angekündigt, die europäische schnelle Eingreiftruppe baldmöglichst einzuführen. Doch auch hier behindern nationale Interessen den Weg zur Einheits-Macht. Streitpunkt in dieser Frage sind derzeit die Finanzen: Man konnte sich bislang nicht einigen, wie die Truppe finanziert werden soll. Bis zum EU-Gipfel in Laeken soll jedoch ein beschlussfähiger Plan vorliegen. "Es ist frustrierend", beschreibt ein EU-Diplomat die laufenden Verhandlungen. "Es zeigt, dass wir in Bezug auf die Eingreiftruppe tief in unserem Bauch Zweifel haben." Auch er hofft jedoch auf den Katalysator Anti-Terror-Allianz: "Vielleicht werden uns die Anschläge des 11. September ihr gegenüber enthusiastischer stimmen."

Danièle Weber

kommentar

## Mondialisation rime avec violation des droits syndicaux

Partout dans le monde, le libéralisme s'impose. Et avec lui, la violation des droits syndicaux.

Dans son rapport de 2001, la Confédération internationale des syndicats libres constate que les violations des droits syndicaux ont atteint des niveaux jamais vus auparavant. Le rapport établit de façon frappante, mais indiscutable le lien causal entre cette évolution et la mondialisation économique en cours. Ce document souligne la contradiction entre la réalité et les beaux discours sur le respect des droits sociaux et syndicaux.

Le respect de ces droits fondamentaux passe par une révision profonde des règles qui régissent les organisations internationales comme l'Organisation mondiale du commerce (OMC), la Banque mondiale, le FMI, l'OCDE etc. Il faut que le respect des droits syndicaux, des droits sociaux et des droits démocratiques soit à la base de toutes les actions internationales. Le libre-échange ne doit pas être un but en soi et doit céder le pas devant les impératifs écologiques, les impératifs de santé publique et le droit des peuples au développement dans le respect de leur identité culturelle et des principes démocratiques. L'objectif du développement durable peut être une perspective pour notre planète, mais il exige un changement au niveau des priorités des organisations internationales, ainsi qu'un abandon des thèses du libéralisme économique comme fondement d'une économie globalisée. Une économie de marché sans dimension sociale et sans régulation ni contrôle par des instances étatiques démocratiques aboutit à l'injustice et à l'exclusion sociale.

L'Union européenne joue aujourd'hui un rôle important dans ce contexte. Imposer dans l'Union un modèle social respectueux des droits sociaux et syndicaux, garantissant l'accès de tous à des services publics de qualité et fondé sur une politique économique qui a pour priorité le plein emploi et le développement durable de nos pays, respectueux de notre environnement naturel: la réalisation d'un tel modèle social serait un appui formidable pour la lutte contre la mondialisation capitaliste sauvage et contre la violation des droits syndicaux. La manifestation pour une Europe sociale qui se déroulera le 13. 12 à Bruxelles est ainsi intimement liée à la lutte contre la politique menée aujourd'hui par l'OMC.

Jean-Claude Reding est secrétaire général de l'OGB-L et de la CGTL

### Macht ist keine Männersache

Es sind nicht viele, doch es gibt sie: Frauen in den Führungsetagen der Wirtschaft. Der Weg dorthin ist steinig. Es bremsen tradierte Strukturen, Männer und ... die Frauen selbst.

at home

### La voix du quotidien

Die letzte ILReS-Medienumfrage hatte es bestätigt: Die woxx hat noch nicht den Bekanntheitsgrad erlangt, den der Gréngespon nach zehn Jahren Existenz erreicht hatte. Ein Risiko, das bei jeder neuen Namensgebung besteht, weshalb mensch nie zu viel an der Werbetrommel rührt. Schade nur, dass die Mittel für den nötigen PR-Rummel nicht hinlangen. Aber selbst die, die es wissen müssten, die Luxemburger ZeitungsverkäuferInnen, scheinen ob der in letzter Zeit ausgebrochenen Multiplizierung der Zeitungstitel leicht den Überblick zu verlieren. So geschah es einem unserer Leser, der im Osten unseres Landes seine "woxx" erstehen wollte. An mindestens drei Kiosken wurde er kopfschüttelnd abgewiesen und erst beim vierten Anlauf händigte man ihm endlich stolz die neue Zeitung mit dem grünblauen Schriftzug aus: Nur die hieß leider "La Voix". Es täte uns nicht wundern, wenn die sicherlich geschäftstüchtigeren KollegInnen des "Quotidien" schon nach zwei Wochen entnervt ihr neues Produkt (das wir an dieser Stelle herzlich grüßen) wieder in "Répu" umtaufen!

woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespon - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: Gréngespon soc. coop. • Redaktion: Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu),

Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Muriel Prieur (muriel.prieur@woxx.lu), Bibine Schulze (bibine.schulze@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (danièle.weber@woxx.lu) • Karikaturen: Guy W. Stoos • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 60,- LUF / 1,49 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 2.400,- LUF (Ausland zzgl. 900,- LUF); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 1.000 LUF. • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Rechercheffonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngespon asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79